Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und die Ausgabestellen der Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 30 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1006

Nr. 261 | Sonnabend, den 8. November 1924 | 19. Jahrgang

Coolidges Regierungsprogramm.

„Mitwirkung am Aufbau Deutschlands."

Washington, 6. November. Coolidge hat den Vertretern der Presse folgende Richtlinien für die Fortführung der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten nach dem Bekanntwerden der Präsidentschaftswahlergebnisse gegeben:

1. Festhalten an der Idee der internationalen Schiedsgerichte; 2. Abrüstung; 3. Keine Streichung der alliierten Kriegsschulden; 4. Mitwirkung am Aufbau Deutschlands; 5. Mitwirkung an europäischen Angelegenheiten, soweit lebenswichtige amerikanische Interessen im Spiele sind.

•

Das vollständige Wahlergebnis.

Neuyork, 6. November. Das vollständige Wahlergebnis liegt nunmehr vor. In dem Wahlkollegium, das am 10. Januar den Präsidenten der Vereinigten Staaten wählen wird, sind die Stimmen wie folgt verteilt: Für Coolidge 389, für Davis 129, für Lafolette 13 Stimmen.

Eine internationale Handelskonferenz.

London, 6. Nov. Nach einer Meldung aus Neuyork teilt der Präsident der Internationalen Handelskammer mit, daß Vorbereitungen für eine Internationale Konferenz getroffen würden, an der Geschäftsleute von 40 verschiedenen Nationen teilnehmen werden. Die Konferenz werde Ende Dezember oder Anfang Januar in den Vereinigten Staaten abgehalten werden, um die durch die Inkraftsetzung des Dawesplanes aufgeworfenen wichtigen Fragen zu prüfen. Eine Teilnahme der Regierungen an dieser Konferenz sei nicht beabsichtigt, aber es werde wahrscheinlich ein Bericht ausgearbeitet werden, der den Alliierten unterbreitet werden solle.

Der verhaftete General in Lille.

Berlin, 6. Nov. Der „Tag" meldet aus Paris: Herr von Rintelen hat sich heute als Vertreter der hiesigen deutschen Botschaft nach Lille zum Besuch des Generals von Nathusius begeben, ist aber noch nicht wieder zurückgekehrt, so daß weitere Einzelheiten über den ganzen Stand der Affäre zur Stunde noch nicht mitgeteilt werden können.

Der deutsche Freilassungsantrag.

Berlin, 6. Nov. Wie mitgeteilt wird, ist der deutsche Botschafter in Paris gestern beauftragt worden, die Freilassung des verhafteten Generals von Nathusius zu verlangen.

Zwei weitere Verhaftungen.

Die Berliner Presse berichtete am Donnerstag über zwei weitere Verhaftungen von Deutschen, die aus Anlaß des Allerheiligentages nach Elsaß-Lothringen gekommen waren. Einzelheiten fehlen. Auch die Namen der beiden Verhafteten sind noch unbekannt. Als Grund für die Verhaftungen wird angegeben, die beiden Deutschen hätten versucht, Rekruten, die einen Umzug durch die Straßen machten, eine französische Fahne zu entreißen, um sie als Trophäe nach Deutschland zu bringen. Ueber die Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptung braucht kein Wort weiter verloren zu werden.

Anscheinend endlose Militärschnüffelei.

Zu den amtlichen Veröffentlichungen über die Tätigkeit der internationalen Militärkontrollkommission in der letzten Zeit erfahren wir, daß nunmehr seit dem im September erfolgten Beginn der Generalinspektion alle Truppenteile und Formationen der Reichswehr mindestens einen Kontrollbesuch der Kommissionen erhalten haben. Trotzdem an und für sich damit die Generalinspektion der Reichswehr beendet sein müßte, geht die Kontrolltätigkeit der Kommissionen weiter, wie die bereits erfolgte Ankündigung neuer Besuche bei schon kontrollierten Truppenteilen zeigt. Bei der der Generalinspektion vorangegangenen letzten Kontrolle sind einzelne Truppenteile bis zu elfmal von den Kommissionsoffizieren aufgesucht worden, manchmal aus angeblich neuen Anlässen, vielfach aber auch nur, um bereits erörterte Fragen immer wieder zur Sprache zu bringen. Es scheint, als ob sich diese Vorgänge auch bei der Generalinspektion wiederholen sollen, sodaß garnicht abzusehen ist, wenn diese nun endlich ihr Ende erreichen soll. Dazu kommt die Kontrolle der Fabriken, für die den fremden Offizieren kein Rahmen gegeben ist, auf den sie sich zu beschränken hätten, sodaß den Einfällen der Kommissionen vollkommen freier Spielraum gewährt ist.

Das neue englische Kabinett.

London, 6. November. Das Kabinett ist wie folgt gebildet worden: **Baldwin** Premierminister, **Austin Chamberlain** Staatssekretär für Auswärtiges, **Churchill**, Schatzkanzler, **Curzon**, Lordpräsident des Geheimen Rates, Sir Worthington Evans, Staatssekretär für den Krieg, Bridgeman, Erster Lord der Admiralität, Sir Samuel Hoarel, Staatssekretär für die Luftfahrt, Lord Birkenhead Staatssekretär für Indien, Lord Amery Staatssekretär für die Kolonien, Sir Joynson Hicks Staatssekretär für Inneres, Sir Steele Maitland Staatssekretär des Arbeitsministeriums, Sir Lloyd Greame Staatssekretär des Handelsamts.

•

Moskau, 5. Nov. In einem Interview erklärte Rykoff, er zweifle nicht daran, daß es gelingen werde, unter der neuen Regierung mit England Beziehungen des Friedens und der Mitarbeit aufrechtzuerhalten. Es sei auch notwendig, alle Anstrengungen zu machen, um zu einem günstigen Abschluß der in nächster Zukunft mit Frankreich beginnenden Verhandlungen zu gelangen.

Eine Wahlrede Stresemanns.

Dessau, 6. Nov. Auf Einladung der Deutschen Volkspartei sprach heute Reichsaußenminister Dr. Stresemann in den beiden größten Sälen der Stadt über die politische Lage. In seinen auf den Gedankengängen seiner Frankfurter Rede aufgebauten Ausführungen wandte er sich besonders gegen die Kritik, die von demokratischer Seite an seiner Politik geübt wird. Es gebe keine demokratische und keine konservative auswärtige Politik, sondern es könne für jeden Minister des Aeußeren nur eine Außenpolitik geben, die die Lebensinteressen des deutschen Volkes wahre, indem sie sich weder von der Illusion einer Macht- und Revanchepolitik noch von der Illusion einer allgemeinen Völkerbeglückungspolitik leiten lasse.

Die Putschgerüchte in Bayern.

Frankfurt a. M., 6. November. Ganz Unterfranken ist von Gerüchten von einem kommenden Monarchistenputsch erfüllt. Jedermann ist überzeugt, daß die nächsten Wochen die Königsproklamation bringen werden. Die Beruhigungskundgebungen der Staatsregierung werden mit Ironie entgegengenommen. Die Abteilungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold schließen sich daher um so fester zusammen. Auch die Nationalisten sind dort, wie in ganz Bayern, Gegner des Kronprinzen Rupprecht.

Die Bayrische Regierung nimmt unter der Ueberschrift „Politische Brunnenvergiftung" gegen die Putschgerüchte Stellung. Keine Regierung und kein verantwortlicher Minister denken daran, von der Verfassung abzugehen. Nach wie vor wird jeder Versuch, die Verfassung auf gesetzmäßigem oder gar gewaltsamem Wege zu ändern, entschieden abgelehnt.

Die sozialistische Fraktionsmehrheit gegen die Auflösung des sächsischen Landtags.

Am Mittwoch hat in Dresden eine Sitzung der Fraktionsmehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion stattgefunden, in der beschlossen wurde, am Sonnabend gegen die Auflösung des sächsischen Landtages zu stimmen.

Wenn diese Fraktionsmehrheit noch über ihre ursprüngliche Stärke von 25 Mann verfügt, würden die Anträge auf Auflösung des Landtages nicht angenommen werden.

Berlin im Zeichen des Wahlkampfes.

Berlin, 6. Nov. Seit gestern flattern in Berlin die ersten Flugblätter auf den Straßen. Bei allen Parteien sind die Geldmittel von der letzten Wahl her erschöpft. Die persönliche Wahlpropaganda ist deshalb in den Vordergrund getreten. Die in den einzelnen Parteien organisierten Verbände werden als Stoßtrupps vorgeschickt. Die Stahlhelm-Verbände, der Jungdeutsche Orden und andere Organisationen machen für die rechten, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold für die republikanischen Parteien aktive Propaganda. Inzwischen droht den Reichstagswahlen eine Gefahr durch die radikale Generalstreikbewegung.

Aus der russischen Botschaft erläßt Ruth Fischer, die steckbrieflich verfolgte kommunistische Führerin, Anweisungen an die kommunistischen Betriebsräte für die Vorbereitung eines allgemeinen Streiks in der ersten Dezemberwoche. Die letzten Beschlüsse der Berliner Eisenbahner geben bereits zu denken. Auch der in mehreren Orten des Reiches ausgebrochene Buchdruckerstreik droht auf Berlin überzugreifen und würde in den entscheidenden Tagen das Erscheinen der bürgerlichen Zeitungen unmöglich machen.

Die wirtschaftliche Neuordnung der Welt

Von unserm Berliner Mitarbeiter.

Die deutsche Delegation, die die Aufgabe hat, die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen zu führen, ist wieder in Paris eingetroffen und die Verhandlungen sind erneut aufgenommen worden. Begreiflicherweise hat man auf französischer Seite alles Interesse daran, bis zum 10. Januar 1925 zu einer Klärung der Fragen zu kommen, denn mit diesem Tage findet die handelspolitische Knebelung, die uns durch den Versailler Vertrag aufgezwungen wurde, ihr Ende. Aber nicht Frankreich allein drängt, sondern auch die übrigen Staaten, mit denen wir noch zu einer Regelung unserer handelspolitischen Beziehungen kommen müssen, haben es sehr eilig. Im Reichswirtschaftsministerium und in den zuständigen Ressorts des Auswärtigen Amtes herrscht deshalb Hochbetrieb, und die Regierung ist kaum in der Lage, so viel Delegationen auszurüsten und zusammenzustellen, wie jetzt gewünscht werden. Man ist auf deutscher Seite ebensowenig in der Lage, jetzt überall endgültige Regelungen vorzunehmen, sondern es kann sich im wesentlichen nur um Uebergangsverträge handeln, die den Zweck haben, am 10. Januar einen vertragslosen Zustand zu vermeiden. Aus diesem Drängen nach Handelsverträgen mit Deutschland ergibt sich mit aller Deutlichkeit das Eine, daß nämlich überall der Wunsch und Wille lebendig ist, aus dem europäischen Wirtschaftschaos, aus dem Wirtschaftschaos der Welt herauszukommen. Die alliierten und assoziierten Mächte haben sich durch die Kriegszeit und Nachkriegszeit zweifellos große wirtschaftliche Vorteile verschaffen können. Eine Reihe von Industrien hat unter Ausschaltung Deutschlands die Absatzmärkte unter sich verteilt, aber schließlich hat sich doch gezeigt, daß eine Ausschaltung und bewußte Wiederhaltung der deutschen Wirtschaft der großen Weltwirtschaftsmaschine selbst Schäden zugefügt hat, die jetzt, da man langsam wieder anfängt, vernünftig zu denken, unbedingt repariert werden müssen. Man hat im Versailler Vertrag Paragraphen, nichts als Paragraphen formuliert und hat geglaubt, daß man durch diese Paragraphen der Gewalt die Wirtschaft in die Bahnen lenken könnte, die man sich ausgedacht hatte. Diese Hoffnungen haben sich aber als falsch erwiesen, und eins der treffendsten Beispiele dafür bieten jene Bestimmungen über die zollfreie Einfuhr der elsaß-lothringischen Kontingente nach Deutschland. Herr Clemenceau und seine Berater glaubten in Versailles, daß es nur einer gewissen Uebergangszeit bedürfe, dann würde sich das Wirtschaftsleben Elsaß-Lothringens von selbst umstellen können. Diese Berechnungen waren falsch, da die natürlichen Wirtschaftskräfte und die natürlichen Wirtschaftsbeziehungen falsch eingeschätzt waren. Man glaubt sich jetzt damit helfen zu müssen, daß man eine rein mechanische Lösung erstrebt, indem man eine Verlängerung der Kontingente über den 10. Januar hinaus fordert. Mit diesen bequemen, allzu bequemen Methoden kann jedoch das große Problem der deutsch-französischen Handelsbeziehungen nicht gelöst werden. Bei dem ersten Zusammentritt der Delegationen ist von beiden Seiten die Parole der Gegenseitigkeit zum Ausdruck gebracht worden und nur unter diesem Zeichen dürfte auch ein Interessenausgleich durch einen Zollausgleich möglich sein. In einer Reihe französischer Zeitungen wird mit dem Zollkrieg gedroht, falls die jetzt schwebenden Verhandlungen nicht zu einer Einigung führen würden. Wir sind mit allen Kräften bemüht, zu einer solchen Einigung zu gelangen, aber wir lassen uns andererseits auch nicht durch Drohungen einschüchtern, zumal unsere Stellung in handelspolitischer Hinsicht gegenüber Frankreich keineswegs ungünstig ist. Frankreich war in den letzten Jahren immer am Werke, die deutsche Einfuhr abzudrosseln, und wenn man jetzt den Wert der deutschen Einfuhr berechnet, so ist er keineswegs so, daß wir auf jeden Fall und unter Preisgabe größter wirtschaftlicher Interessen mit Frankreich zu einer Einigung kommen müssen. Wenn wir gleichwohl bestrebt sind, das Ziel der Einigung zu erreichen, so deshalb, weil ein Handelsvertrag und Zollabkommen private deutsch-französische Wirtschaftsabkommen erleichtern würden. Vor wenigen Tagen ging durch die Presse die Nachricht über Verhandlungen zum Zweck der Schaffung eines deutsch-französischen Stahl-Kartells. Diese Verhandlungen sind zwar sowohl von französischer als von deutscher Seite dementiert worden, aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch solche Verhandlungen in irgendeiner Form eines Tages kommen werden. Sie dürften sich freilich nicht nur auf Deutschland und Frankreich erstrecken, sondern auch Belgien und England werden aller Voraussicht nach in den Kreis dieser Verhandlungen aus politischen und aus wirtschaftlichen Gründen einbezogen werden müssen. Handelsvertragsverhandlungen mit Belgien und England stehen gleichfalls bevor. Was Belgien anlangt, so sind neuer-